



## Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 22/2008–2009

Inhalt	Seite
27. Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (Sonderpädagogik-Konkordat) . . . . .	1705



**27. Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die  
Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik  
(Sonderpädagogik-Konkordat)**

**Inhaltsverzeichnis**

<b>I.</b>	<b>Das Wichtigste in Kürze</b> .....	1705
<b>II.</b>	<b>Ausgangslage</b> .....	1706
	1. Gesetzgeberischer Rahmen .....	1706
	2. Ergebnisse der Vernehmlassung .....	1707
	3. Verabschiedung durch die EDK .....	1707
<b>III.</b>	<b>Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen</b> .....	1708
	1. Zweck und Grundsätze der Vereinbarung .....	1708
	1.1 Zweck .....	1708
	1.2 Grundsätze .....	1708
	2. Anspruch auf sonderpädagogische Massnahmen .....	1709
	2.1 Berechtigte .....	1709
	3. Festlegung des sonderpädagogischen Grundangebots .....	1710
	3.1 Grundangebot .....	1710
	3.2 Verstärkte Massnahmen .....	1711
	3.3 Anordnung der Massnahmen .....	1712
	4. Harmonisierungs- und Koordinationsinstrumente .....	1713
	4.1 Gemeinsame Instrumente .....	1713
	4.2 Lernziele .....	1714
	4.3 Ausbildung der Lehrpersonen und des sonderpädagogischen Fachpersonals .....	1714
	4.4 Kantonale Kontaktstelle .....	1715
	4.5 Ausserkantonale Leistungen .....	1715
	5. Schlussbestimmungen .....	1715
	5.1 Beitritt .....	1715
	5.2 Austritt .....	1716
	5.3 Umsetzungsfrist .....	1716
	5.4 Inkrafttreten .....	1716
	5.5 Fürstentum Liechtenstein .....	1716
<b>IV.</b>	<b>Auswirkungen auf den Kanton Graubünden</b> .....	1717
	1. Konzeptionelle Auswirkungen .....	1717
	2. Gesetzliche Auswirkungen .....	1717
	3. Schulische Auswirkungen .....	1718
	4. Finanzielle und personelle Auswirkungen .....	1718

<b>V.</b>	<b>Berücksichtigung der Grundsätze «VFRR»</b>	1719
<b>VI.</b>	<b>Orientierung und Mitwirkung des Grossen Rates</b>	1719
<b>VII.</b>	<b>Anträge</b>	1719

Heft Nr. 22/2008–2009

## Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

27.

### **Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (Sonderpädagogik-Konkordat)**

Chur, 24. Februar 2009

Sehr geehrte Herr Landespräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen Botschaft und Entwurf über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (Sonderpädagogik-Konkordat).

#### **I. Das Wichtigste in Kürze**

Die Plenarversammlung der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) hat am 25. Oktober 2007 die Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (Sonderpädagogik-Konkordat) ohne Gegenstimme verabschiedet. Am 4. Dezember 2007 hat die EDK das Beitrittsprozedere eröffnet und die Kantone eingeladen, das vorgesehene Verfahren einzuleiten und im Anschluss daran die entsprechenden Beschlüsse unter Angabe allfälliger Referendumsfristen dem Generalsekretariat der EDK mitzuteilen.

##### **Zentrale Elemente des Konkordates**

Mit dem Beitritt zum Sonderpädagogik-Konkordat verpflichten sich die Kantone zur Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik.

Insbesondere

- legen sie das Grundangebot fest, welches die Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf garantiert,
- fördern sie die Integration dieser Kinder und Jugendlichen in der Regelschule,

1705

- verpflichtet sie sich zur Anwendung gemeinsamer Instrumente und Verfahren (einheitliche Terminologie, Qualitätsstandards für die Anerkennung von Leistungsanbietern, standardisiertes Abklärungsverfahren für die Ermittlung des individuellen Bedarfs).

## **II. Ausgangslage**

### **1. Gesetzgeberischer Rahmen**

#### **Bundesverfassung**

Die Schaffung des vorliegenden Konkordates ist eine Folge der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA). Am 28. November 2004 haben Stimmvolk und Kantone der NFA zugestimmt. Mit der Annahme von Art. 62 Abs. 3 der Bundesverfassung übernehmen die Kantone ab 1. Januar 2008 die gesamte fachliche, rechtliche und finanzielle Verantwortung für die Sonderschulung einschliesslich der pädagogisch-therapeutischen Massnahmen von Kindern und Jugendlichen ab Geburt bis zum vollendeten 20. Lebensjahr.

#### **Interkantonale Staatsverträge**

Das Sonderpädagogik-Konkordat hat die Form eines rechtsverbindlichen Staatsvertrags (Konkordat) zwischen den Kantonen. Die Zusammenarbeit der Kantone im Rahmen der EDK basiert bereits heute auf einem Verbund von verschiedenen interkantonalen Vereinbarungen:

Das Schulkonkordat von 1970 bildet die rechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit innerhalb der EDK und regelt wichtige strukturelle Eckwerte. Es wird aktualisiert und erweitert durch die Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat), welche am 14. Juni 2007 von der EDK verabschiedet wurde und sich zur Ratifikation in den Kantonen befindet. Im Kanton Graubünden wurde das Konkordat in der Volksabstimmung vom 30. November 2008 mit 25'121 zu 32'919 Stimmen abgelehnt.

Die in den 1980er- und 1990er-Jahren abgeschlossenen Konkordate ermöglichen die gesamtschweizerische Diplomanerkennung und die gesamtschweizerische Mobilität im nachobligatorischen Bildungsbereich.

#### **Eidgenössisches Behindertengleichstellungsgesetz**

Auf interkantonomer Ebene ist über die Konkordate hinaus auch das Gesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz) wegweisend. Artikel 20 «Besondere Bestimmungen für die Kantone» lautet:

«<sup>1</sup>Die Kantone sorgen dafür, dass behinderte Kinder und Jugendliche eine Grundschulung erhalten, die ihren besonderen Bedürfnissen angepasst ist.

<sup>2</sup>Die Kantone fördern, soweit dies möglich ist und dem Wohl des behinderten Kindes oder Jugendlichen dient, mit entsprechenden Schulungsformen die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in die Regelschule.

<sup>3</sup>Insbesondere sorgen sie dafür, dass wahrnehmungs- oder artikulationsbehinderte Kinder und Jugendliche und ihnen besonders nahe stehende Personen eine auf die Behinderung abgestimmte Kommunikationstechnik erlernen können.»

### **Kantonale Gesetzgebung**

In der kantonalen Gesetzgebung ist der vorliegende Fachbereich im kantonalen Gesetz über die Förderung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengesetz) sowie im Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden (Schulgesetz) und im Gesetz über die Kindergärten im Kanton Graubünden (Kindergartengesetz) geregelt.

## **2. Ergebnisse der Vernehmlassung**

Die Vernehmlassung zum Entwurf für das Sonderpädagogik-Konkordat dauerte sechs Monate (15. Juni bis 31. Dezember 2006). Alle Kantone haben zum Konkordats-Entwurf Stellung genommen.

Das Ergebnis der Vernehmlassung war sehr positiv. Der gesamtschweizerische Rahmen für den sonderpädagogischen Bereich wird von nahezu allen Kantonen und Vernehmlassungsteilnehmenden begrüsst.

## **3. Verabschiedung durch die EDK**

Die Plenarversammlung der EDK hat am 25. Oktober 2007 das Sonderpädagogik-Konkordat einstimmig verabschiedet. Am gleichen Tag verabschiedete sie auch die einheitliche Terminologie und die Qualitätsstandards für die Anerkennung von Leistungsanbietern. Die von der EDK verabschiedete Rahmenvereinbarung bestimmt die Berechtigten und das Grundangebot (Mindestangebot), welches durch verstärkte Massnahmen für schwere und/oder komplexere Fälle sowie verschiedene Grundsätze bezüglich der Anordnung von Massnahmen und der interkantonalen Koordination ergänzt wird. Die Vereinbarungskantone werden sich auf diesen gemeinsamen Rahmen stützen können und verpflichten sich, ihn in ihren kantonalen Konzepten für Sonderpädagogik zu berücksichtigen. Er ersetzt die bisherigen Vorgaben aus dem Gesetz und der Verordnung über die Invalidenversicherung.

### **III. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen**

#### **1. Zweck und Grundsätze der Vereinbarung**

##### ***1.1 Zweck***

Artikel 1 definiert als Zweck der neuen Vereinbarung die Zusammenarbeit der Vereinbarungskantone im Bereich der Sonderpädagogik mit dem Ziel, den in der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, in der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule und im Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz) vom 13. Dezember 2002 statuierten Verpflichtungen im Bereich der Sonderpädagogik nachzukommen. Im Rahmen der Zweckerfüllung sollen sich die Vereinbarungskantone auf eine gemeinsame Definition der Berechtigten sowie des Sonderpädagogischen Grundangebotes verständigen (lit. a in Verbindung mit Art. 3 und 4), die Integration und besondere Betreuung der Berechtigten in der Regelschule fördern (lit. b) und gemeinsame Instrumente benutzen (lit. c in Verbindung mit Art. 7).

Für die Kantone geht es somit in erster Linie um die Einhaltung der verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Pflichten auf Bundesebene (vgl. Kapitel 1 Gesetzgeberischer Rahmen) im Bereich der Sonderpädagogik.

Mit der vorliegenden Vereinbarung wird ein gesamtschweizerischer Rahmen für die wichtigsten Massnahmen sowie für die Entwicklung und Anwendung von gemeinsamen Instrumenten (einheitliche Terminologie, Qualitätsstandards für die Anerkennung von Leistungsanbietern, standardisiertes Abklärungsverfahren für die Ermittlung des individuellen Bedarfs) im sonderpädagogischen Bereich festgelegt. Dieser Vereinbarung beitretende Kantone verpflichten sich, diesen Rahmen in ihren kantonalen Konzepten für Sonderpädagogik zu berücksichtigen. Im Gegensatz zu denjenigen kantonalen Konzepten, welche erwachsene Behinderte betreffen, müssen die kantonalen Konzepte für Sonderpädagogik nicht vom Bundesrat genehmigt, sondern einem kantonalen Bewilligungsverfahren unterzogen werden. Die Regierung hat das Sonderschulkonzept am 27. März 2007 im Sinne von Art. 197 Ziff. 2 der Bundesverfassung für die Phase 2008 – 2010 genehmigt.

##### ***1.2 Grundsätze***

Artikel 2 definiert die Grundsätze für die Bildung im Bereich der Sonderpädagogik. Einer der wesentlichen Grundsätze ist die Definition der Sonderpädagogik als integrativer Bestandteil des öffentlichen Bildungsauftrages

und damit der öffentlichen Schule in lit. a. Werden also besondere und angepasste Unterrichtsformen oder andere Massnahmen für Kinder und Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf notwendig, denen die Regelschule nicht genügen kann, so ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, die entsprechend notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Bedeutsam ist, dass infolge der NFA im Bereich der Sonderpädagogik von einem Versicherungssystem auf ein Bildungssystem umgestiegen wird, für welches die kantonale Bildungsbehörde die Gesamtverantwortung trägt. Laut Behindertengleichstellungsgesetz (Art. 20 Abs. 2) ist die Integration von behinderten Kindern und Jugendlichen in die Regelschule zu fördern. Die vorliegende Vereinbarung nimmt diese Verpflichtung in Art. 2 lit. b auf. Separierende Lösungen sollen nicht im Vordergrund stehen, vielmehr sind integrative Lösungen vorzuziehen, sofern das Wohl und die Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes oder des Jugendlichen dadurch unterstützt werden können.

Artikel 62 Absatz 2 der Bundesverfassung garantiert die Unentgeltlichkeit des Grundschulunterrichtes an öffentlichen Schulen. Dies gilt in Kohärenz zu lit. a auch für die Angebote der Sonderpädagogik. Analog zu den in der Regelschule bestehenden Tagesstrukturen gilt der unter lit. c beschriebene Grundsatz der Unentgeltlichkeit aber nicht für die Kosten für Verpflegung und Betreuung in Tagesstrukturen oder für eine stationäre Unterbringung. In diesen Fällen kann von den Erziehungsberechtigten eine finanzielle Beteiligung verlangt werden.

Schliesslich regelt lit. d explizit, dass die Erziehungsberechtigten in das in Art. 6 definierte Verfahren betreffend die Anordnung sonderpädagogischer Massnahmen bei Kindern und Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf einzubeziehen sind. Das Beschwerderecht gegen entsprechende Verfügungen ist nach Massgabe der kantonalen Verwaltungsrechtspflegegesetzgebung zu gewährleisten. Gegen kantonale Entscheide kann beim Schweizerischen Bundesgericht Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten eingereicht werden; die Zuständigkeit des Eidgenössischen Versicherungsgerichts entfällt.

## **2. Anspruch auf sonderpädagogische Massnahmen**

### **2.1 Berechtigte**

Artikel 3 betrifft die «Berechtigten» und unterscheidet die Phasen der Unterstützung durch sonderpädagogische Massnahmen:

**Vor der obligatorischen Schule** gemäss lit. a sind es häufig Pädiater, welche die Eltern auf allfällige Entwicklungsstörungen oder -verzögerungen des Kindes hinweisen. Abgesehen von allfälligen medizinischen Massnahmen

können solche Kinder noch vor der Einschulung im Rahmen der Heilpädagogischen Früherziehung entweder direkt in der Familie oder gegebenenfalls in einer Institution unterstützt werden. Mit solcher Präventionsarbeit kann erreicht werden, dass ein besonderer Bildungsbedarf, der geeignete sonderpädagogische Massnahmen rechtfertigt, bereits vor dem Schuleintritt festgestellt wird; auf diese Weise können gewisse Entwicklungsstörungen oder -verzögerungen des Kindes aufgefangen werden. Solche Massnahmen haben ausserdem zum Ziel, das Kind auf den Schuleintritt vorzubereiten.

**Während der obligatorischen Schule** gemäss lit. b geht es darum, Kindern und Jugendlichen, die in ihren Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten beeinträchtigt sind, für ihre Schullaufbahn in der Regelschule oder in einer angepassten Schulstruktur adäquate Unterstützung zu bieten. Der Begriff «Besonderer Bildungsbedarf» deckt zahlreiche Situationen ab und geht über das klassische Verständnis von Behinderung hinaus. Diese Beeinträchtigungen oder Bedürfnisse müssen von den zuständigen schulärztlichen oder schulpсихologischen Diensten unter Beteiligung der Erziehungsberechtigten genau abgeklärt werden (vgl. Art. 2 lit. d).

**Nach der obligatorischen Schule** sollen Jugendliche – sofern deren Entwicklungs- und Bildungsbeeinträchtigungen eine weiterführende Bildung nicht verhindern – auch während einer erstmaligen Berufsausbildung oder einer allgemeinbildenden Ausbildung auf der Sekundarstufe II bis längstens zum vollendeten 20. Lebensjahr mit sonderpädagogischen Massnahmen unterstützt werden können.

### **3. Festlegung des sonderpädagogischen Grundangebots**

#### ***3.1 Grundangebot***

In Artikel 4 der Vereinbarung wird das Grundangebot im sonderpädagogischen Bereich festgelegt, welches jeder Vereinbarungskanton selber oder in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen anbieten muss.

Das Grundangebot besteht aus drei Hauptformen, die im Rahmen der Umsetzung eine grosse Vielfalt abdecken können. Angebote wie Nachhilfeunterricht, Stützkurse oder Ähnliches sind nicht Teil der Vereinbarung. Ebenso gehören medizinisch-therapeutische Massnahmen nicht dazu; diese werden weiterhin von der IV abgedeckt.

Verschiedene Massnahmen des Grundangebotes bereiten auf die Ausbildung und Erziehung vor. Darunter fallen sowohl die Beratung und Unterstützung von Eltern und Betroffenen, beginnend im jüngsten Kindesalter, als auch Massnahmen der Heilpädagogischen Früherziehung, der Logopädie und der Psychomotorik (lit. a). Die Heilpädagogische Früherziehung, die meistens

im familiären Umfeld der Kinder einsetzt, gehörte vorher in der Regel nicht zum öffentlichen Bildungsbereich, wird aber künftig – wie die anderen Massnahmen – grundsätzlich Bestandteil des sonderpädagogischen Grundangebots sein.

Die Bildung und Betreuung umfasst verschiedene sonderpädagogische Massnahmen, die in einer Regelschule punktuell, regelmässig, intensiv oder dauernd eingesetzt werden, um die Kinder und Jugendlichen in einer Regelklasse integrieren zu können (lit. b). Gegebenenfalls werden die Kinder und Jugendliche in einer Sonderschule unterrichtet.

Das in lit. c definierte dritte Massnahmenpaket hat ausschliesslich zum Ziel, die Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit stärkeren Einschränkungen zu garantieren. Es beinhaltet die Unterbringung entweder in Tagesstrukturen (mit Mahlzeiten, Betreuung und Pflege) oder in stationären Einrichtungen (Internate).

Gleich wie bei den bisher von der IV bezahlten Leistungen gehören neu die Organisation von notwendigen Transporten und die Übernahme der entsprechenden Kosten zum Grundangebot. Mit der Formulierung in Abs. 2 («sorgen für die Organisation») wird es den Kantonen überlassen zu definieren, wer innerhalb eines Kantons mit dieser Aufgabe betraut wird.

### **3.2 Verstärkte Massnahmen**

Die Tatsache, dass es künftig nicht mehr zwei Finanzierungsquellen (Bund und Kanton) geben wird, sondern die Kantone als Folge der NFA die alleinige Verantwortung für die Anordnung und Überwachung der Leistungen innehaben, führt zwingend zu einer Formulierung der sonderpädagogischen Massnahmen im Hinblick auf deren Intensität. In einigen Kantonen wird zwischen niederschweligen und hochschweligen Massnahmen unterschieden. Diese Formulierung wurde auf gesamtschweizerischer Ebene nicht übernommen; Artikel 5 führt den Begriff «Verstärkte Massnahmen» ein. Über die Anordnung verstärkter Massnahmen ist laut Art. 5 Absatz 1 dann zu entscheiden, wenn sich die vor der Einschulung oder die in der Regelschule getroffenen Massnahmen als ungenügend erweisen. Es versteht sich, dass vor der Einführung verstärkter Massnahmen eine entsprechende Abklärung zu treffen ist.

Verstärkte Massnahmen zeichnen sich durch einzelne oder alle in Art. 5 Abs. 2 aufgelisteten vier Merkmale aus, wobei diese häufig kombiniert sind, je nachdem, ob es sich um verstärkte Massnahmen handelt, die sich über mehrere Monate oder Jahre erstrecken (lit. a), sie mehr oder weniger regelmässige und intensive Interventionen beinhalten, beispielsweise mehrmals pro Woche einige Stunden am Stück (lit. b), ob die durchführenden Fachpersonen

einer besonderen Spezialisierung und/oder Erfahrung bedürfen, beispielsweise eine ausgebildete Psychomotorik-Therapeutin und Expertin für eine bestimmte Art Intervention (lit. c), und schliesslich, ob damit relativ einschneidende oder stigmatisierende Konsequenzen verbunden sind, weil Hilfsmittel oder die Platzierung in eine Institution oder die Entfernung aus dem familiären Umfeld nötig werden (lit. d).

### ***3.3 Anordnung der Massnahmen***

Artikel 6 präzisiert erstens, dass der konkrete Anspruch auf ein sonderpädagogisches Angebot auf einem formellen Entscheid basieren muss, der im Rahmen eines nach kantonalem Recht geregelten Verfahrens zu stellen ist (Abs. 1).

Zweitens schränken die Kantone die freie Wahl der Erziehungsberechtigten zwar ein, indem sie (durch die gestützt auf Abs. 1 definierten Behörden) die Leistungsanbieter bestimmen (Abs. 2), dies aber ohne das Recht der Erziehungsberechtigten auf Beteiligung am Anordnungsprozess gemäss Art. 2 lit. d zu verletzen.

Drittens soll ein standardisiertes individuelles Abklärungsverfahren künftig die Systemsteuerung verbessern und das Risiko einer Kostenexplosion eingrenzen. Insbesondere soll das Vier-Augen-Prinzip systematisch angewendet werden, indem die Diagnostik einem externen Dienst oder Kompetenzzentrum übertragen wird, welches die für notwendig erachteten Massnahmen anschliessend nicht selber erbringt. Die Neutralität des Gutachtens muss gewährleistet sein. Deshalb werden die Abklärungsstellen direkt von den zuständigen Behörden ausgewählt und beauftragt. Das Abklärungsverfahren berücksichtigt nicht nur das Individuum, sondern auch das ganze Umfeld mit familiären, sozialen und pädagogischen Aspekten. Es entspricht einer umfassenden Evaluation, bei der nach internationalen Standards wie der Internationalen Klassifikation für Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) und der angepassten Version für Kinder und Jugendliche (ICF-CY), die kürzlich von der Welt-Gesundheitsorganisation (WHO) verabschiedet wurde, gearbeitet wird.

Schliesslich wird in Abs. 4 verpflichtend festgelegt, dass die zugewiesenen Leistungen periodisch überprüft werden müssen, um festzustellen, ob sie noch angebracht, d.h. genügend, notwendig und berechtigt sind.

Der abschliessende Entscheid über die Anordnung der verstärkten Massnahmen liegt bei der zuständigen kantonalen Behörde und unterliegt dem administrativen Rekursrecht.

## 4. Harmonisierungs- und Koordinationsinstrumente

Die Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik benennt die Instrumente zur Vereinheitlichung, Qualitätsentwicklung und -sicherung in allen Vereinbarungskantonen.

### 4.1 Gemeinsame Instrumente

Absatz 1 legt die drei Basisinstrumente fest, welche die Koordination und Qualität des sonderpädagogischen Leistungsangebots fördern sollen:

- Von den Vereinbarungskantonen wird erwartet, dass sie im kantonalen Recht und ihren kantonalen Konzepten für Sonderpädagogik die durch die EDK festgelegte, *einheitliche Terminologie* verwenden. Die entsprechende Grundlage ist unter dem Titel «Einheitliche Terminologie für den Bereich der Sonderpädagogik» zu finden.
- Der Vereinbarung liegt das Prinzip zugrunde, wonach die Kantone *Qualitätsstandards* festlegen. Diese werden einerseits als Grundkriterien für das Ausstellen von Betriebsbewilligungen zuhanden der Leistungsanbieter verstanden; andererseits dienen sie in interkantonalen Vereinbarungen als Referenzpunkte. Die Qualitätsstandards sind dazu bestimmt, als Instrument für die Anerkennung von Leistungsanbietern (Schulen, Institutionen, Dienste, Therapeuten usw.) zu dienen und tragen damit zur interkantonalen Zusammenarbeit bei. Das entsprechende Grundlagenpapier ist unter dem Titel «Qualitätsstandards der Kantone zur Anerkennung von Leistungsanbietern im Bereich der Sonderpädagogik» zu finden.
- Das für die EDK zentrale Instrument ist ein standardisiertes Verfahren, mit dem die individuellen Bedürfnisse am Ende einer umfassenden Evaluation genau analysiert werden können. Damit soll das sonderpädagogische Angebot möglichst zielgerichtet auf den besonderen Bildungsbedarf des betroffenen Kindes oder Jugendlichen abgestimmt werden. Die EDK hat in enger Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Zentralstelle für Heilpädagogik verschiedene Begleitgruppen und wissenschaftliche Experten damit beauftragt, in der Zeitspanne von 2007 bis 2008 ein *individuelles Abklärungsverfahren* auszuarbeiten. Das Verfahren wird anschliessend während einer Pilotphase in einigen Kantonen und Institutionen getestet und dürfte den Kantonen ab Herbst 2009 zur Verfügung stehen.

Absatz 2 sieht vor, dass die EDK aufgrund wissenschaftlicher Arbeiten für eine verlässliche und gültige Entwicklung dieser drei Instrumente verantwortlich ist. Die EDK konsultiert dazu auch die nationalen Dachverbände der

Lehrpersonen, der Eltern und der im Bereich der Sonderpädagogik tätigen Institutionen. Für die ersten beiden Instrumente (Abs. 1 lit. a und b) ist dieser Prozess bereits 2007 durchgeführt worden.

Absatz 3 regelt, dass die Instrumente von der Plenarversammlung der EDK mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln ihrer Mitglieder verabschiedet werden. Die einheitliche Terminologie und die Qualitätsstandards wurden anlässlich der Verabschiedung des Konkordats vom 25. Oktober 2007 von der Plenarversammlung der EDK beschlossen; die Arbeiten am standardisierten individuellen Abklärungsverfahren werden wie erwähnt noch länger dauern. Nach dem Inkrafttreten der Vereinbarung wird die Aufgabe der künftigen Revision oder Anpassung dieser Instrumente der Versammlung der Vereinbarungskantone zufallen.

Absatz 4 legt fest, dass das sonderpädagogische Grundangebot Gegenstand des nationalen Bildungsmonitorings ist. Primäres Ziel dabei ist es, die bis heute aufgrund der unterschiedlichen Terminologie lückenhaften statistischen Grundlagen zu verbessern. Zudem sollen Finanz- und Effizienzanalysen die Steuerung der sonderpädagogischen Massnahmen optimieren können. Darüber hinaus werden im Zusammenhang mit der Evaluation der Effizienz der obligatorischen Schule durch Bildungsstandards auch Analysen unter dem Blickwinkel der Bildung im Vergleich mit Bildungszielen (vgl. nachstehenden Art. 8) entwickelt werden können.

#### ***4.2 Lernziele***

Gemäss Art. 8 werden im Bereich der Sonderpädagogik keine neuen Lehrpläne entwickelt. Die entsprechenden Anforderungsniveaus werden vielmehr von den Zielsetzungen und Bildungsstandards der Regelschule abgeleitet, unter Berücksichtigung der individuellen Situation der einzelnen Schülerinnen und Schüler.

#### ***4.3 Ausbildung der Lehrpersonen und des sonderpädagogischen Fachpersonals***

Die Grundausbildungen für das sonderpädagogische Fachpersonal gemäss Art. 9 Abs. 1 wurden in den letzten Jahren mehrheitlich in die pädagogischen Hochschulen integriert. Die EDK hat für diese Ausbildungen in Schulischer Heilpädagogik, Logopädie und Psychomotorik-Therapie Mindestvoraussetzungen für die Anerkennung der kantonalen Ausbildungsabschlüsse festgelegt. Die Ausbildung in Heilpädagogischer Früherziehung wurde bis heute nie reglementiert; dies ist im Anschluss an die Verabschiedung der vorliegenden

Vereinbarung im Rahmen einer Totalrevision des Reglements über die Anerkennung der Lehrdiplome in Schulischer Heilpädagogik vom 27. August 1998 vorgesehen.

Sonderpädagogische Ausbildungen haben generalistische Kompetenzprofile. Schwerpunkte für Sinnesbehinderungen, Verhaltensauffälligkeiten oder Lernschwierigkeiten sind in diesen Ausbildungen enthalten. Frühere Ausbildungen wie beispielsweise «Lehrerin für Geistigbehinderte» oder «Legasthenie-/Dyskalkulie-Therapeutin» sind in die Ausbildungen in Schulischer Heilpädagogik bzw. Logopädie integriert worden.

Artikel 9 Absatz 2 unterstreicht bezüglich der Weiterbildung die Notwendigkeit der engen interkantonalen Zusammenarbeit, damit ein zweckmässiges und koordiniertes Weiterbildungsangebot bereitgestellt werden kann.

#### ***4.4 Kantonale Kontaktstelle***

Um die Umsetzung der Interkantonalen Vereinbarung und die notwendige Koordination sicherzustellen, bezeichnen die Kantone gegenüber der EDK eine kantonale Kontaktstelle für alle Fragen der Sonderpädagogik.

#### ***4.5 Ausserkantonale Leistungen***

Am 1. Januar 2006 ist die geänderte Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) in Kraft getreten. Der Grosse Rat hat in der Oktobersession 2008 den Beitritt zur IVSE beschlossen. Die Referendumsfrist ist Ende Januar 2009 unbenutzt verstrichen. Der Kanton Graubünden wird auf den 1. April 2009 der IVSE beitreten.

Die IVSE dient u.a. als Grundlage für die Regelung des interkantonalen Verkehrs im Bereich der Sonderpädagogik. Die Regelung, wonach die Finanzierung von Leistungen ausserkantonal stationärer Einrichtungen und ausserkantonaler Einrichtungen der externen Sonderschulung sich nach der IVSE richtet, kann im Kanton Graubünden umgesetzt werden.

### **5. Schlussbestimmungen**

#### ***5.1 Beitritt***

Jeder Kanton führt nach kantonalem Recht ein Ratifikationsverfahren durch. Stimmt der Kanton dem Beitritt zur neuen Vereinbarung zu, wird die-

ser von der jeweiligen Kantonsregierung dem Vorstand der EDK gegenüber erklärt.

### ***5.2 Austritt***

Jedem Kanton, welcher der Vereinbarung beigetreten ist, wird das Recht zugestanden, gegenüber dem Vorstand der EDK den Austritt aus der Vereinbarung zu erklären. Die Kündigungsfrist beträgt drei ganze Kalenderjahre. Für die verbleibenden Vereinbarungskantone bleibt die Vereinbarung vollumfänglich in Kraft.

### ***5.3 Umsetzungsfrist***

Da die Kantone anfangs 2011 bereits mehrere Jahre von den Inhalten und den Zielen der vorliegenden Vereinbarung Kenntnis und in der Regel bereits entsprechende Vorarbeiten geleistet haben, genügt die Festlegung einer 6-monatigen Frist für die allfällig noch notwendigen kantonsinternen Anpassungen.

### ***5.4 Inkrafttreten***

Die formelle Inkraftsetzung der Vereinbarung bedarf eines Beschlusses des EDK-Vorstandes. Gemäss Art. 48 Abs. 3 der Bundesverfassung ist das Inkrafttreten dem Bund zur Kenntnis zu bringen.

### ***5.5 Fürstentum Liechtenstein***

Das Fürstentum Liechtenstein ist von der NFA nicht betroffen, hat aber gegenüber der EDK ein grundsätzliches Interesse an der Rahmenvereinbarung und an den Instrumenten im Bereich der Sonderpädagogik bekundet. Das Fürstentum Liechtenstein kann – wie bei der Interkantonalen Vereinbarung über die obligatorische Schule – selbstverständlich frei über einen Beitritt zum vorliegenden Konkordat entscheiden.

## **IV. Auswirkungen auf den Kanton Graubünden**

### **1. Konzeptionelle Auswirkungen**

Die Regierung hat mit Beschluss Nr. 406 vom 27. März 2007 das Sonderpädagogische Konzept Graubünden (Sonderschulkonzept) für die Übergangsphase der NFA 2008 – 2010 (im Sinne von Art. 197 Ziff. 2 BV) genehmigt. Bezüglich der Entwicklungsperspektiven ab 2011 hat sie das Konzept zur Kenntnis genommen. Mit dem gleichen Beschluss erhielt das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement folgende Aufträge:

- Die Fortsetzung der Arbeiten im Zusammenhang mit dem Konzept ist auf die interkantonale Entwicklung zur NFA abzustimmen (Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik und Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen).
- Die Entwicklung von Leistungsvereinbarungen und die Konkretisierung der neuen Finanzierungssysteme sind in enger Absprache mit dem Departement für Finanzen und Gemeinden anzugehen.
- Per Ende 2009 sind seitens des Departements die Auswertung der Pilotprojekte und die Gesetzesvorlagen für die Zeit nach 2011 der Regierung vorzulegen.

Gemäss Art. 21a des kantonalen Gesetzes über die Förderung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengesetz) kann das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement im Rahmen des von der Regierung genehmigten Sonderschulkonzeptes befristete Pilotprojekte bewilligen. Gestützt auf diese Bestimmung laufen ab Schuljahr 2008/09 Pilotprojekte mit den Gemeinden Davos und Thusis. Es ist absehbar, dass die Ergebnisse dieser Pilotprojekte für die zukünftige Ausgestaltung der Sonderschulung im Kanton Graubünden wegweisend sein werden. Diese Ergebnisse und das Sonderpädagogik-Konkordat werden zusammen mit dem Sonderschulkonzept im Kanton Graubünden die Basis für die zukünftige Ausgestaltung von Konzepten im Bereich Sonderschulung darstellen.

### **2. Gesetzliche Auswirkungen**

Aufgrund des Sonderpädagogik-Konkordates allein drängen sich im Kanton Graubünden keine gesetzlichen Anpassungen auf. Es ist jedoch vorgesehen, den Sonderschulbereich aus dem kantonalen Behindertengesetz in das kantonale Schulgesetz überzuführen.

### **3. Schulische Auswirkungen**

Mit Regierungsbeschluss Nr. 1322 vom 30. Juni 1998 hat die Regierung das Konzept zur Integration von Kindern mit Behinderungen in das bündnerische Schulsystem vom Juni 1998 zur Kenntnis genommen. Das Konzept trat mit Wirkung ab Schuljahr 1998/99 in Kraft. Mit Regierungsbeschluss Nr. 219 vom 15. Februar 2000 entschied die Regierung zusätzlich, das Konzept zur Integration von Kindern mit Behinderungen in das bündnerische Schulsystem vom Juni 1998 sinngemäss auf die Kindergärten im Kanton Graubünden auszuweiten. Dieser Entscheid trat mit Wirkung ab Schuljahr 2000/01 in Kraft. Gestützt auf diese konzeptionellen Grundlagen und die aktuelle Gesetzgebung, wonach die Sonderschulung auch in der Volksschule möglich ist (vgl. Art. 4 Behindertengesetz), sowie gestützt auf das Sonderschulkonzept vom März 2007 werden im Kanton Graubünden – unterstützt durch die Kompetenzzentren für Sonderschulung – zunehmend mehr Kinder der integrativen Sonderschulung zugeführt.

Das Sonderpädagogik-Konkordat verlangt in Art. 1 die Förderung der Integration der Kinder und Jugendlichen in der Regelschule. Art. 2 lit. b des Konkordates hält als Grundsatz zusätzlich fest, dass die integrativen Lösungen separierenden Lösungen vorzuziehen sind, wobei das Wohl und die Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes oder des Jugendlichen zu beachten sowie das schulische Umfeld und die Schulorganisation zu berücksichtigen sind.

### **4. Finanzielle und personelle Auswirkungen**

Im Februar 2009 befanden sich im Kanton Graubünden 142 Schülerinnen und Schüler in Sonderschulinternaten. 160 Kinder besuchten die Sonderschulinstitutionen extern, d.h. sie verbringen ihre Freizeit weitgehend zuhause. 107 Kinder wurden in den öffentlichen Kindergärten und Volksschulen in integrativer Form geschult oder gefördert. Auf diese Zahlen hat die vorliegende Vereinbarung keinen Einfluss.

Der Beitritt des Kantons Graubünden zum Sonderpädagogik-Konkordat verursacht – abgesehen von den Aufwendungen im Zusammenhang mit der Qualitätssicherung – somit keinen zusätzlichen Aufwand. Im Bereich Qualitätssicherung wird zu gegebener Zeit jedoch zu prüfen sein, ob die Aufgaben mit den bestehenden Ressourcen bewältigt werden können. Eine allfällige Stellenschaffung wird erst in Erwägung gezogen, wenn die entsprechende Antwort negativ ausfällt und auch keine Stellenumlagerungen vorgenommen werden können.

## **V. Berücksichtigung der Grundsätze «VFRR»**

Beim Sonderpädagogik-Konkordat handelt es sich um ein Konkordat, das nicht daraufhin überprüft werden kann, ob die Grundsätze der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtssetzung und Rechtsanwendung (VFRR) beachtet sind.

## **VI. Orientierung und Mitwirkung des Grossen Rates**

Am 3. November 2006 orientierte Olivier Maradan, stellvertretender Generalsekretär der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) die Kommission für Bildung und Kultur u.a. über die Interkantonale Vereinbarung betreffend die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik. Im Anschluss an seine Ausführungen beriet die Kommission die vom Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement vorbereitete Vernehmlassung der Regierung zu den erwähnten Konkordaten. Nach eingehender Diskussion beschloss die Kommission, von den Vernehmlassungsentwürfen Kenntnis zu nehmen.

## **VII. Anträge**

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. dem Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (Sonderpädagogik-Konkordat) gemäss beiliegendem Beschlusssentwurf zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Der Präsident: *Trachsel*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*



**Beitritt des Kantons Graubünden zur  
Interkantonalen Vereinbarung über die  
Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik**

Gestützt auf Art. 32 Abs. 2 der Kantonsverfassung  
vom Grossen Rat beschlossen am ...

---

1. Der Kanton Graubünden tritt der Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik vom 25. Oktober 2007 bei.
2. Die Regierung wird ermächtigt, den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik zu erklären.
3. Die Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.



Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (Erziehungsdirektorenkonferenz)

## **Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik**

vom 25. Oktober 2007

---

### **I. Zweck und Grundsätze der Vereinbarung**

#### **Art. 1**

Die Vereinbarungskantone arbeiten im Bereich der Sonderpädagogik <sup>Zweck</sup> zusammen mit dem Ziel, den in der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft<sup>1)</sup>, in der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule<sup>2)</sup> und im Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen<sup>3)</sup> statuierten Verpflichtungen nachzukommen. Insbesondere

- a. legen sie das Grundangebot fest, welches die Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf garantiert,
- b. fördern sie die Integration dieser Kinder und Jugendlichen in der Regelschule,
- c. verpflichten sie sich zur Anwendung gemeinsamer Instrumente.

#### **Art. 2**

Die Bildung im Bereich der Sonderpädagogik basiert auf folgenden <sup>Grundsätze</sup> Grundsätzen:

- a. die Sonderpädagogik ist Teil des öffentlichen Bildungsauftrages;
- b. integrative Lösungen sind separierenden Lösungen vorzuziehen, unter Beachtung des Wohles und der Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes oder des Jugendlichen sowie unter Berücksichtigung des schulischen Umfeldes und der Schulorganisation;
- c. für den Bereich der Sonderpädagogik gilt der Grundsatz der Unentgeltlichkeit; für Verpflegung und Betreuung kann von den Erziehungsberechtigten eine finanzielle Beteiligung verlangt werden;

---

<sup>1)</sup> SR 101

<sup>2)</sup> Erlasssammlung der EDK, Ziffer 1.2

<sup>3)</sup> SR 151.3

**420.XXX** Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik

- d. die Erziehungsberechtigten sind in den Prozess betreffend die Anordnung sonderpädagogischer Massnahmen mit einzubeziehen.

**II. Anspruch auf sonderpädagogische Massnahmen**

**Art. 3**

Berechtigte

Kinder und Jugendliche ab Geburt bis zum vollendeten 20. Lebensjahr, die in der Schweiz wohnen, haben unter folgenden Voraussetzungen ein Recht auf angemessene sonderpädagogische Massnahmen:

- a. vor der Einschulung: Wenn festgestellt wird, dass ihre Entwicklung eingeschränkt oder gefährdet ist oder sie dem Unterricht in der Regelschule ohne spezifische Unterstützung nicht werden folgen können,
- b. während der obligatorischen Schulzeit: Wenn festgestellt wird, dass sie in ihren Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten so stark beeinträchtigt sind, dass sie dem Unterricht in der Regelschule ohne spezifische Unterstützung nicht beziehungsweise nicht mehr folgen können oder wenn ein anderer besonderer Bildungsbedarf festgestellt worden ist.

**III. Festlegung des sonderpädagogischen Grundangebots**

**Art. 4**

Grundangebot

<sup>1</sup> Das sonderpädagogische Grundangebot umfasst

- a. Beratung und Unterstützung, heilpädagogische Früherziehung, Logopädie und Psychomotorik,
- b. sonderpädagogische Massnahmen in einer Regelschule oder in einer Sonderschule, sowie
- c. Betreuung in Tagesstrukturen oder stationäre Unterbringung in einer sonderpädagogischen Einrichtung.

<sup>2</sup> Die Kantone sorgen für die Organisation notwendiger Transporte und übernehmen deren Kosten für Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihrer Behinderung den Weg zwischen Wohnort, Schule und/oder Therapiestelle nicht selbstständig bewältigen können.

**Art. 5**

Verstärkte Massnahmen

<sup>1</sup> Erweisen sich die vor der Einschulung oder die in der Regelschule getroffenen Massnahmen als ungenügend, ist aufgrund der Ermittlung des individuellen Bedarfs über die Anordnung verstärkter Massnahmen zu entscheiden.

<sup>2</sup> Verstärkte Massnahmen zeichnen sich durch einzelne oder alle der folgenden Merkmale aus:

- a. lange Dauer,
- b. hohe Intensität,

- c. hoher Spezialisierungsgrad der Fachpersonen, sowie
- d. einschneidende Konsequenzen auf den Alltag, das soziale Umfeld oder den Lebenslauf des Kindes oder des Jugendlichen.

**Art. 6**

<sup>1</sup> Die Vereinbarungskantone bezeichnen die für die Anordnung sonderpädagogischer Massnahmen zuständigen Behörden. Anordnung der Massnahmen

<sup>2</sup> Die für die Anordnung sonderpädagogischer Massnahmen zuständigen Behörden bestimmen die Leistungsanbieter.

<sup>3</sup> Die Ermittlung des individuellen Bedarfs gemäss Artikel 5 Absatz 1 erfolgt im Rahmen eines standardisierten Abklärungsverfahrens durch die von den zuständigen Behörden betrauten Abklärungsstellen, die nicht identisch sind mit den Leistungsanbietern.

<sup>4</sup> Die Zweckmässigkeit der angeordneten Massnahmen ist periodisch zu überprüfen.

**IV. Harmonisierungs- und Koordinationsinstrumente**

**Art. 7**

<sup>1</sup> Die Vereinbarungskantone benutzen im kantonalen Recht, im kantonalen Konzept für den Bereich der Sonderpädagogik sowie in den entsprechenden Richtlinien Gemeinsame Instrumente

- a. eine einheitliche Terminologie,
- b. einheitliche Qualitätsstandards für die Anerkennung der Leistungsanbieter und
- c. ein standardisiertes Abklärungsverfahren zur Ermittlung des individuellen Bedarfs gemäss Artikel 6 Absatz 3.

<sup>2</sup> Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) ist verantwortlich für die wissenschaftliche Entwicklung und Validierung der gemeinsamen Instrumente gemäss Absatz 1. Sie konsultiert zu diesem Zweck die nationalen Dachverbände der Lehrpersonen, der Erziehungsberechtigten und der Institutionen für Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung.

<sup>3</sup> Die gemeinsamen Instrumente werden von der Plenarversammlung der EDK mit einer Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder verabschiedet. Die Revision erfolgt durch die Vereinbarungskantone in einem analogen Verfahren.

<sup>4</sup> Das sonderpädagogische Grundangebot ist Gegenstand des nationalen Bildungsmonitorings.

## **420.XXX** Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik

	<b>Art. 8</b>
Lernziele	Die Anforderungsniveaus für den Bereich der Sonderpädagogik werden auf der Basis der in den Lehrplänen festgelegten Lernziele und der Bildungsstandards der Regelschule angepasst; sie berücksichtigen die individuellen Bedürfnisse und Fähigkeiten des Kindes oder des Jugendlichen.
	<b>Art. 9</b>
Ausbildung der Lehrpersonen und des sonderpädagogischen Fachpersonals	<sup>1</sup> Die Grundausbildung der Lehrpersonen in Schulischer Heilpädagogik und des sonderpädagogischen Fachpersonals für Kinder und Jugendliche wird in den Anerkennungsreglementen der EDK oder im Bundesrecht geregelt. <sup>2</sup> Die Vereinbarungskantone arbeiten in der Entwicklung eines geeigneten Weiterbildungsangebots zusammen.
	<b>Art. 10</b>
Kantonale Kontaktstelle	Jeder Vereinbarungskanton bezeichnet gegenüber der EDK eine kantonale Kontaktstelle, die für sämtliche den Bereich der Sonderpädagogik betreffenden Fragen zuständig ist.
	<b>Art. 11</b>
Ausserkantonale Leistungen	Die Finanzierung von Leistungen ausserkantonaler stationärer Einrichtungen und ausserkantonaler Einrichtungen der externen Sonderschulung richtet sich nach der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) <sup>1)</sup> .
	<b>V. Schlussbestimmungen</b>
	<b>Art. 12</b>
Beitritt	Der Beitritt zu dieser Vereinbarung wird dem Vorstand der EDK gegenüber erklärt.
	<b>Art. 13</b>
Austritt	Der Austritt aus der Vereinbarung muss dem Vorstand der EDK gegenüber erklärt werden. Er tritt auf Ende des dritten der Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres in Kraft.
	<b>Art. 14</b>
Umsetzungsfrist	Die Kantone, die der Vereinbarung nach dem 1. Januar 2011 beitreten, müssen diese innerhalb von sechs Monaten nach dem Zeitpunkt der Ratifizierung umsetzen.

---

<sup>1)</sup> Erlasssammlung der EDK, Ziff. 3.2.1

**Art. 15**

<sup>1</sup> Der Vorstand der EDK setzt die Vereinbarung in Kraft, wenn ihr mindestens zehn Kantone beigetreten sind, jedoch frühestens auf den 1. Januar 2011. Inkrafttreten

<sup>2</sup> Das In-Kraft-Treten ist dem Bund zur Kenntnis zu geben.

**Art. 16**

Das Fürstentum Liechtenstein kann der Vereinbarung beitreten. Ihm stehen alle Rechte und Pflichten eines Vereinbarungskantons zu. Fürstentum Liechtenstein

Heiden, 25. Oktober 2007

Im Namen der Schweizerischen Konferenz  
der kantonalen Erziehungsdirektoren

Die Präsidentin:  
Isabelle Chassot

Der Generalsekretär:  
Hans Ambühl



**Participaziun dal chantun Grischun a la cunvegna  
interchantunala davart la collavuraziun en il sectur  
da la pedagogia speziala**

sa basond sin l'art. 32 al. 2 da la constituziun chantunala

concludì dal cussegl grond ils ...

---

1. Il chantun Grischun sa participescha a la cunvegna interchantunala davart la collavuraziun en il sectur da la pedagogia speziala dals 25 d'october 2007.
2. La regenza vegn autorisada da declerar la participaziun dal chantun Grischun a la cunvegna interchantunala davart la collavuraziun en il sectur da la pedagogia speziala.
3. Las cifras 1 e 2 da quest conclus èn suttamessas al referendum facultativ.



Conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica

## **Cunvegna interchantunala davart la collavuraziun en il sector da la pedagogia speziala**

dals 25 d'october 2007

---

### **I. Intent e princips da la cunvegna**

#### **Art. 1**

Il<sup>s</sup> chantuns da cunvegna collavuran en il sector da la pedagogia speziala <sup>Intent</sup> cun la finamira d'ademplier las obligaziuns ch'èn statuidas en la constituziun federala da la confederaziun svizra<sup>1)</sup>, en la cunvegna interchantunala davart l'armonisaziun da la scola obligatorica<sup>2)</sup> ed en la lescha federala davart l'eliminaziun dals dischavantatgs envers ils impedids<sup>3)</sup>. En spezial:

- a. fixeschan els la purschida da basa che garantescha la furnaziun e l'assistenza d'uffants e da giuvenils che han in basegn da furnaziun spezial;
- b. promovon els l'integraziun da quests uffants e da quests giuvenils en la scola regulara;
- c. s'obligheschan els d'applitgar instruments cuminaivels.

#### **Art. 2**

La furnaziun en il sector da la pedagogia speziala sa basa sin ils <sup>Princips</sup> suandants princips:

- a. la pedagogia speziala fa ina part da l'incumbensa publica da furnaziun;
- b. soluziuns integrativas ston avair la preferenza envers soluziuns separativas, tegnend quint dal bainstar e da las pussaivladads da svilup da l'uffant e dal giuvenil sco er resguardond ils conturns da la scola e l'organisaziun da la scola;
- c. per il sector da la pedagogia speziala vala il princip da la gratuitadad; per l'alimentaziun e per l'assistenza po vegnir pretendida ina participaziun finanziaria da las persunas cun la pussanza dals geniturs;

---

<sup>1)</sup> CS 101

<sup>2)</sup> collecziun da relaschs da la CDEP, cifra 1.2

<sup>3)</sup> CS 151.3

## **420.XXX** Cunvegna davart la collavuraziun en il sector da la pedagogia speziala

- d. las personas cun la pussanza dals geniturs ston vegnir integradas en il process concernent l'ordinaziun da mesiras da la pedagogia speziala.

### **II. Dretg da survegnir mesiras da la pedagogia speziala**

#### **Art. 3**

Persunas che han quest dretg

Uffants e giuvenils a partir da la naschienscha fin a la cumplenida dal 20avel onn da vegliadetgna che vivan en Svizra han sut las suandantas premissas in dretg da survegnir mesiras adequatas da la pedagogia speziala:

- a. avant la scolarisaziun: sch'i vegn constatà che lur svilup è restrenschi u periclità ubain sch'els na vegnan betg a pudair suandar l'instrucziun en la scola regulara senza in sustegn specific;
- b. durant il temp da scola obligatoric: sch'i vegn constatà ch'els èn restrenschi uschè fitg en lur pussaivladads da svilup e da furmaziun ch'els na pon betg respectivamain ch'els na pon betg pli suandar l'instrucziun en la scola regulara senza in sustegn specific u sch'igl è vegnì constatà in auter basegn da furmaziun spezial.

### **III. Determinaziun da la purschida da basa da la pedagogia speziala**

#### **Art. 4**

Purschida da basa

<sup>1</sup> La purschida da basa da la pedagogia speziala cumpiglia:

- a. cussegliaziun e sustegn, educaziun prescolara pedagogic-curativa, logopedia e psicomotorica;
- b. mesiras da la pedagogia speziala en la scola regulara u en ina scola speziala; sco er
- c. tgira en estructuras dal di u collocaziun staziunara en ina instituziun da la pedagogia speziala.

<sup>2</sup> Ils chantuns procuran per l'organisaziun dals transports necessaris e surpiglian quests custs per uffants e per giuvenils che n'èn betg en cas da dumagnar sezs – pervia da lur impediment – la via tranter lur lieu da domicil, la scola e/u il lieu da terapia.

#### **Art. 5**

Mesiras rinforzadas

<sup>1</sup> Sche las mesiras ch'èn vegnidas prendidas avant la scolarisaziun u en la scola regulara na bastan betg, sto vegnir decidi – sin basa dal basegn individual ch'è vegnì erui – sch'i stoppian vegnir ordinadas mesiras rinforzadas.

<sup>2</sup> Las mesiras rinforzadas cumpiglian singulas u tut las suandantas caracteristicas:

- a. lunga durada;

- b. gronda intensitad;
- c. aut grad da spezialisaziun da las persunas spezialisadas; sco er
- d. consequenzas decisivas per il mintgadi, per ils conturns socials u per il curs da la vita da l'uffant u dal giuvenil.

**Art. 6**

<sup>1</sup> Ils chantuns da cunvegna designeschan las autoritads ch'èn cumpetentas per ordinar las mesiras da la pedagogia speziala. Ordinaziun da las mesiras

<sup>2</sup> Las autoritads ch'èn cumpetentas per ordinar las mesiras da la pedagogia speziala fixeschan las purschidras ed ils purschiders da las prestaziuns respectivas.

<sup>3</sup> Il basegn individual tenor l'artitgel 5 alinea 1 vegn erui en il rom d'ina procedura da scleriment standardisada tras ils posts da scleriment ch'èn vegnids incumbensads da las autoritads cumpetentas. Quels posts da scleriment n'èn betg identics cun las purschidras e cun ils purschiders da prestaziuns.

<sup>4</sup> L'opportunitad da las mesiras ordinadas sto vegnir examinada periodicamain.

**IV. Instruments d'armonisaziun e da coordinaziun**

**Art. 7**

<sup>1</sup> Ils chantuns da cunvegna dovran en il dretg chantunal, en il concept chantunal per il sector da la pedagogia speziala sco er en las directivas correspondentas: Instruments cuminaivels

- a. ina terminologia unifitgada;
- b. standards da qualitat unifitgads per renconuscher las purschidras ed ils purschiders da prestaziuns; ed
- c. ina procedura da scleriment standardisada per eruir ils basegns individuals tenor l'artitgel 6 alinea 3.

<sup>2</sup> La conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica (CDEP) è responsabla per il svilup scientific e per la validaziun scientifica dals instruments cuminaivels tenor l'alinea 1. Per quest intent consultescha ella las federaziuns tetgalas naziunalas da las persunas d'instrucziun, da las persunas cun la pussanza dals geniturs e da las instituziuns per uffants e per giuvenils cun impediments.

<sup>3</sup> Ils instruments cuminaivels vegnan deliberads da la radunanza plenara da la CDEP cun ina maioritad da dus terzs da lur commembras e da lur commembers. La revisiun vegn fatga dals chantuns da cunvegna en ina procedura analoga.

<sup>4</sup> La purschida da basa da la pedagogia speziala è l'object dal monitoring naziunal da la furnaziun.

## **420.XXX** Convegna davart la collavuraziun en il sector da la pedagogia speziala

	<b>Art. 8</b>
Finamiras da l'instrucziun	Ils nivels da las exigenzas per il sector da la pedagogia speziala vegnan adattads sin la basa da las finamiras da l'instrucziun ch'èn vegnidas fixadas en ils plans d'instrucziun e sin la basa dals standards da furmaziun da la scola regulara; els resguardan ils basegns individuals e las abilitads individualas da l'uffant u dal giuvenil.
	<b>Art. 9</b>
Scolaziun da las persunas d'instrucziun e dal persunal spezialisà da la pedagogia speziala	<sup>1</sup> La scolaziun da basa da las persunas d'instrucziun en pedagogia curativa da scola sco er dal persunal spezialisà da la pedagogia speziala per uffants e per giuvenils vegn reglada en il reglament da renconuschientscha da la CDEP u en il dretg federal. <sup>2</sup> Ils chantuns da convegno collavuran tar il svilup d'ina purschida da furmaziun supplementara adattada.
	<b>Art. 10</b>
Post da contact dal chantun	Envers la CDEP designescha mintga chantun da convegno in post da contact dal chantun ch'è competent per tut las dumondas che concernan ils secturs da la pedagogia speziala.
	<b>Art. 11</b>
Prestaziuns extrachantunalas	La finanziaziun da prestaziuns d'instituziuns staziunaras extrachantunalas e d'instituziuns extrachantunalas per la scolaziun speziala externa sa drizza tenor la convegno interchantunala davart las instituziuns socialas (CIIS) <sup>1)</sup> .
	<b>V. Disposiziuns finalas</b>
	<b>Art. 12</b>
Participaziun	La participaziun a questa convegno vegn declerada envers la suprastanza da la CDEP.
	<b>Art. 13</b>
Extrada	L'extrada da questa convegno sto vegnir declerada envers la suprastanza da la CDEP. Ella entra en vigur a la fin dal terz onn chalendar che suonda la decleraziun d'extrada.
	<b>Art. 14</b>
Termin da realisaziun	Ils chantuns che sa participeschan a questa convegno sunter il 1. da schaner 2011 la ston realisar entaifer 6 mais sunter la data da la ratificaziun.

---

<sup>1)</sup> collecziun da relaschs da la CDEP, cifra 3.2.1

**Art. 15**

<sup>1</sup> La suprastanza da la CDEP metta en vigur la cunvegna, sche almain diesch chantuns èn sa participads, il pli baud dentant per il 1. da schaner 2011. Entrada en vigur

<sup>2</sup> L'entrada en vigur sto vegnir communitgada a la confederaziun.

**Art. 16**

Il principadi da Liechtenstein po sa participar a questa cunvegna. El ha tut ils dretgs e tut las obligaziuns d'in chantun da cunvegna. Principadi da Liechtenstein

Heiden, ils 25 d'october 2007

En num da la conferenza svizra  
da las directuras e dals directurs chantunals  
da l'educaziun publica

La presidenta:  
Isabelle Chassot

Il secretari general:  
Hans Ambühl



**Adesione del Cantone dei Grigioni all'Accordo  
intercantonale sulla collaborazione nel settore della  
pedagogia speciale**

decisa dal Gran Consiglio il ...

visto l'art. 32 cpv. 2 della Costituzione cantonale

---

1. Il Cantone dei Grigioni aderisce all'Accordo intercantonale sulla collaborazione nel settore della pedagogia speciale del 25 ottobre 2007.
2. Il Governo viene autorizzato a dichiarare l'adesione all'Accordo intercantonale sulla collaborazione nel settore della pedagogia speciale.
3. I numeri 1 e 2 della presente decisione sono soggetti a referendum facoltativo.



Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione

## **Accordo intercantonale sulla collaborazione nel settore della pedagogia speciale**

del 25 ottobre 2007

---

### **I. Scopo e principi dell'accordo**

#### **Art. 1**

I cantoni concordatari collaborano nel settore della pedagogia speciale nell'intento di rispettare gli obblighi derivanti dalla Costituzione federale della Confederazione Svizzera<sup>1)</sup>, dall'accordo intercantonale sull'armonizzazione della scolarità obbligatoria<sup>2)</sup> e dalla Legge federale sull'eliminazione di svantaggi nei confronti dei disabili<sup>3)</sup>. Essi, in particolare,

- a. definiscono l'offerta di base che assicura la formazione e la presa a carico dei bambini e dei giovani con bisogni educativi particolari;
- b. promuovono l'integrazione di questi bambini e di questi giovani nella scuola regolare;
- c. si impegnano a utilizzare degli strumenti comuni.

#### **Art. 2**

La formazione nel settore della pedagogia speciale si basa sui seguenti principi:

- a. la pedagogia speciale è parte integrante del mandato pubblico di formazione;
- b. le soluzioni integrative sono da preferire a quelle di separazione nel rispetto del benessere e delle possibilità di sviluppo del bambino o del giovane e tenendo conto dell'ambiente e dell'organizzazione scolastica;
- c. il principio di gratuità prevale nell'ambito della pedagogia speciale; una partecipazione finanziaria può essere richiesta ai detentori dell'autorità parentale per i pasti e per la presa a carico;

---

<sup>1)</sup> RS 101

<sup>2)</sup> Raccolta delle basi legali della CDPE, cap. 1.2

<sup>3)</sup> RS 151.3

**420.XXX** Accordo sulla collaborazione nel settore della pedagogia speciale

- d. i detentori dell'autorità parentale sono associati alla procedura decisionale relativa all'attribuzione delle misure di pedagogia speciale.

**II. Diritto alla pedagogia speciale**

**Art. 3**

Beneficiari

Dalla nascita all'età di venti anni compiuti, i bambini e i giovani che risiedono in Svizzera hanno diritto a misure appropriate di pedagogia speciale a condizione che:

- a. prima della scolarizzazione: se è accertato uno sviluppo limitato o compromesso o se, verosimilmente, non potranno seguire una scolarizzazione regolare senza un sostegno specifico;
- b. durante la scuola obbligatoria: se è accertato che sono ostacolati nelle loro possibilità di sviluppo e di formazione al punto da non potere o non più poter seguire l'insegnamento nella scuola regolare senza un sostegno specifico, oppure quando un altro bisogno educativo particolare è stato accertato.

**III. Definizione dell'offerta di base della pedagogia speciale**

**Art. 4**

Offerta di base

<sup>1</sup> L'offerta di base della pedagogia speciale comprende:

- a. la consulenza e il sostegno, l'educazione precoce speciale, la logopedia e la psicomotricità;
- b. le misure di pedagogia speciale nella scuola regolare o nella scuola speciale, così come
- c. la presa a carico in strutture diurne o a carattere residenziale in un istituto di pedagogia speciale.

<sup>2</sup> I cantoni assumono l'organizzazione dei trasporti necessari e i relativi costi per i bambini e i giovani in situazione di handicap che non possono spostarsi con i propri mezzi dal domicilio alla scuola e/o all'ambulatorio.

**Art. 5**

Misure supplementari

<sup>1</sup> Qualora i provvedimenti applicati prima dell'inizio della scolarità o nell'ambito della scuola regolare risultino insufficienti, una decisione riguardante l'attribuzione di misure supplementari deve essere presa in seguito all'accertamento dei bisogni individuali.

<sup>2</sup> Le misure supplementari si caratterizzano per alcuni o per l'insieme dei seguenti criteri:

- a. una lunga durata;
- b. una forte intensità;
- c. un'alta specializzazione dell'operatore che le applica, così come

- d. delle conseguenze sensibili sulla quotidianità, sull'ambiente sociale e sul percorso di vita del bambino o del giovane.

**Art. 6**

<sup>1</sup> I cantoni concordatari designano le autorità competenti incaricate dell'attribuzione delle misure di pedagogia speciale. Attribuzione delle misure

<sup>2</sup> Le autorità competenti per l'attribuzione delle misure di pedagogia speciale designano i prestatori delle prestazioni.

<sup>3</sup> La determinazione dei bisogni individuali prevista dall'art. 5 cpv. 1, avviene nell'ambito di una procedura di valutazione standard, affidata dalle autorità competenti a dei servizi incaricati della valutazione distinti dai prestatori.

<sup>4</sup> La pertinenza delle misure attribuite è riesaminata periodicamente.

**IV. Strumenti d'armonizzazione e di coordinazione****Art. 7**

<sup>1</sup> I cantoni concordatari utilizzano nelle loro legislazioni, nei loro concetti e nelle loro pratiche del settore della pedagogia speciale e nelle direttive corrispondenti Strumenti comuni

- a. una terminologia comune;
- b. degli standard uniformi di qualità in materia di prestazioni, e
- c. una procedura standard di valutazione per determinare i bisogni individuali, secondo l'art. 6 cpv. 3.

<sup>2</sup> La Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione (CDPE) è responsabile dello sviluppo e della validazione scientifica degli strumenti comuni definiti al cpv. 1. A questo scopo essa consulta le organizzazioni nazionali mantello dei docenti, dei genitori e degli istituti per bambini e giovani in situazione di handicap.

<sup>3</sup> Gli strumenti comuni sono approvati dall'Assemblea plenaria della CDPE con una maggioranza di due terzi dei suoi membri. La loro revisione è svolta dai cantoni concordatari secondo una procedura analoga.

<sup>4</sup> L'offerta di base in pedagogia speciale è inclusa nel monitoraggio nazionale del sistema educativo.

**Art. 8**

I livelli d'esigenza nel settore della pedagogia speciale sono adattati a partire dagli obiettivi d'apprendimento previsti nei piani di studio e negli standard di formazione della scuola regolare e considerano i bisogni e le capacità individuali del bambino e del giovane. Obiettivi d'apprendimento

**420.XXX** Accordo sulla collaborazione nel settore della pedagogia speciale

	<p><b>Art. 9</b></p> <p><sup>1</sup> La formazione iniziale dei docenti e del personale della pedagogia speciale operanti con i bambini e i giovani si basa sui regolamenti di riconoscimento della CDPE o sul diritto federale.</p> <p><sup>2</sup> I cantoni concordatari lavorano assieme allo sviluppo di un'offerta adeguata di formazione continua.</p>
Formazione dei docenti e del personale della pedagogia speciale	
	<p><b>Art. 10</b></p> <p>Ogni cantone concordatario designa all'intenzione della CDPE un ufficio cantonale di collegamento per tutti gli aspetti relativi alla pedagogia speciale.</p>
Ufficio cantonale di collegamento	
	<p><b>Art. 11</b></p> <p>Il finanziamento delle prestazioni, a carattere residenziale o in esternato, fornite dagli istituti di pedagogia speciale ubicati fuori cantone si basa sulla Convenzione intercantonale relativa alle istituzioni sociali (CIIS)<sup>1)</sup>.</p>
Prestazioni fuori cantone	
<p><b>V. Disposizioni finali</b></p>	
	<p><b>Art. 12</b></p> <p>L'adesione a questo accordo si dichiara davanti al Comitato della CDPE.</p>
Adesione	
	<p><b>Art. 13</b></p> <p>La revoca di questo accordo deve essere dichiarata davanti al Comitato della CDPE. Entra in vigore alla fine del terzo anno civile dopo la dichiarazione di revoca.</p>
Revoca	
	<p><b>Art. 14</b></p> <p>I cantoni che aderiscono al presente accordo dopo il 1° gennaio 2011 sono tenuti ad applicarlo entro sei mesi dall'adesione.</p>
Termini d'esecuzione	
	<p><b>Art. 15</b></p> <p><sup>1</sup> Il Comitato della CDPE mette in vigore il presente accordo a partire dal momento in cui almeno dieci cantoni hanno dichiarato la loro adesione, ma al più presto il 1° gennaio 2011.</p> <p><sup>2</sup> L'entrata in vigore dell'accordo è comunicata alla Confederazione.</p>
Entrata in vigore	
	<p><b>Art. 16</b></p> <p>Il principato del Liechtenstein può aderire all'accordo. In questo caso usufruisce degli stessi diritti e doveri dei cantoni firmatari.</p>
Principato del Liechtenstein	

---

<sup>1)</sup> Raccolta delle basi legali della CDPE, cap. 3.2.1

Heiden, 25 ottobre 2007

In nome della Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica  
educazione

Il presidente:  
Isabelle Chassot

Il segretario generale:  
Hans Ambühl





